

**Telegramm des Zentralkomitees
an den Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

An den Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Bonn

Im Interesse der Minderung der Spannungen und zum Nutzen der Bevölkerung Westberlins hat die Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen, mit dem Regierenden Bürgermeister und dem Senat von Westberlin die Einrichtung von Passierscheinstellen in Westberlin für die Zeit vom 16. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964 zu vereinbaren.

Wir glauben, daß ein solcher Vorschlag, wenn er vom Westberliner Senat angenommen wird und gleichberechtigte Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen, auch günstige Auswirkungen für den Abbau des kalten Krieges zwischen beiden deutschen Staaten schaffen würde.

Leider hat der Westberliner Senat eine solche Vereinbarung bisher abgelehnt, und zwar nicht aus technischen, sondern aus politischen Gründen. Da die Mehrheit der Senatsmitglieder der SPD angehört, wenden wir uns mit diesem Telegramm an den Parteivorstand.

Das Zentralkomitee unserer Partei läßt sich von dem Gedanken leiten, daß eine Entspannung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin sowie zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik weltweite Bedeutung für die Sicherung des Friedens hat. Deshalb hat die Deutsche Demokratische Republik in diesen Tagen konkrete Schritte unternommen, um eine solche Minderung der Spannungen herbeizuführen.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, gab den Auftakt zu einem offenen deutschen Gespräch und bekundete die Bereitschaft der Regierung der DDR zu Besprechungen mit Bundeskanzler Erhard. Die Regierung der Deutschen